

Die Forderung: Mitspracherecht für wirklich alle

Ausländerwahlrecht debattiert

VON UNSERER MITARBEITERIN
ANJA BOCHTLER

Sie leben hier oft seit Jahrzehnten und zahlen Steuern, mitbestimmen aber können sie nicht: Wenn gewählt wird, haben Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nichts zu sagen. Das ist nur bei Kommunalwahlen ein bisschen aufgeweicht, bei denen EU-Bürgerinnen und -Bürger eine Stimme haben. Damit wenigstens dabei künftig auch alle anderen mitreden können, soll in Freiburg eine breit angelegte Kampagne beginnen. Am Freitagabend war der Auftakt im E-Werk.

Aussagekräftig ist schon die Besetzung des Podiums, zu dem Marion Bär von „Südwind“, dem Verein für interkulturelle und soziale Arbeit, alle Fraktionen eingeladen hatte. Bis auf FDP und CDU sind alle gekommen. Und von den anwesenden Politikerinnen und Politikern sich alle einig: "Wenn man Pflichten anfordert und Integration verlangt, muss man den Menschen auch Rechte geben", bringt es der Freie-Wähler-Stadtrat Hans Lienhardt auf den Punkt. Es sei "ein Unding, dass die CDU von Migranten Identifikation fordert, ohne ihre Teilhabe zu ermöglichen", sagt Martin Dörper vom Arbeitskreis Migration der SPD. Hinter dem Versuch, dieses "Demokratiedefizit" aufrechtzuerhalten, stecke auch wahltaktisches Kalkül, vermutet Unabhängige-Listen-Stadtrat Michael Moos: Untersuchungen zeigten, dass Migranten selten CDU-Fans seien. Was könnte passieren, wenn Migranten wählen und gewählt werden könnten, fragt sich Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) und kommt zum Schluss: "Schlimmstenfalls könnte es besser werden." Zum Beispiel, wenn eine türkische Liste entstünde, deren Mitglieder sich im Gemeinderat genau wie alle anderen für die Stadt engagierten. Bisher bleibt engagierten Migranten nur der Migrantinnen- und Migrantinnenbeirat.

Wahlrecht für Migranten gibt es bereits in 16 EU-Staaten

Von dessen Mitgliedern sitzen Jasmina Prpic und Ali Demirbükler auf dem Podium, auch ein "Ehemaliger" ist dabei: Roberto Alborino, früher Vorsitzender des damaligen Ausländerbeirats, bemängelt die schlechte Ausstattung der Migrantinnenbeiräte. Deswegen habe der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die bundesweite Wahlrecht-Initiative, die demnächst startet, übernehmen müssen. Der Deutsche Caritasverband habe schon 1971 das Wahlrecht für Migranten gefordert, in Schweden wurde es bereits vier Jahre später eingeführt. Mittlerweile ist es in 16 EU-Staaten selbstverständlich. In Freiburg dagegen hatten beim Bürgerentscheid gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen gerade diejenigen keine Stimme, die überwiegend in diesen Wohnungen leben, kritisiert Ali Demirbükler.

Die konservativen Wahlrechts-Gegner begründen ihre Haltung indes in Freiburg genauso wie bundesweit: Die CDU sieht das Wahlrecht erst am Ende einer "gelungenen Integration", ausschließlich mit der Einbürgerung verknüpft, schreibt CDU-Stadtrat Wendelin von Kageneck in seiner Absage auf die Einladung.

Ob Anfang März eine Resolution im Gemeinderat eingebracht werden kann, ist wegen rechtlicher Gründe noch nicht geklärt. Falls nicht, wollen die Stadträte einzeln persönliche Erklärungen unterschreiben, kündigt die grüne Stadträtin Maria Viethen an. OB Salomon will das Thema in Bund und Land beim Städtetag verankern. Abgeordnete können es im Europaparlament, alle Politiker offensiv im Wahlkampf unterbringen, etwa bei den Kommunalwahlen 2009. Eine Unterschriften-Kampagne und ein Aktionstag könnten für Öffentlichkeit sorgen. Und in einer "Wahlkreis 100-Prozent"-Aktion mit städtischer Unterstützung sollen Migranten zumindest symbolisch ihr Recht wahrnehmen können. Eine solche Aktion gab's in Freiburg bereits 2002 am Tag der Bundestagswahl.